

Umweltbericht

zur 80. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt

1 Inhalt und Ziele der Flächennutzungsplanänderung

Mit der 80. Flächennutzungsplanänderung sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung der bestehenden Biogasanlage in Hollich geschaffen werden. Über textliche Darstellungen wurden im bestehenden FNP für den Betrieb der Biogasanlage Grenzwerte festgelegt. Diese sind eine maximale Erzeugung von 14 Millionen Normkubikmeter Gas pro Jahr sowie eine maximale Lagerung von 9.950 kg Gas am Betriebsstandort. Der Grenzwert für die zulässige maximale Lagerung von Biogas soll auf 40.000 kg angehoben werden. Einen entsprechenden Beschluss hat der Rat der Kreisstadt Steinfurt am 23. Mai 2019 gefasst.

Der Bereich des FNP hat derzeit und künftig eine Größe von 24.865 qm.

2 Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustandes

2.1 Planungsrechtliche Vorgaben

Im wirksamen Regionalplan Regierungsbezirk Münster - Teilabschnitt Münsterland - ist der Änderungsbereich als Agrarbereich dargestellt. Damit weicht die Darstellung im Regionalplan von der geplanten Darstellung im Flächennutzungsplan ab.

Die geplante Darstellung eines Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Biogasanlage“ ist nach Auffassung der Stadt Steinfurt jedoch mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung vereinbar, da es sich bei dem geplanten Vorhaben um eine originäre landwirtschaftliche Nutzung handelt, die vor Aufstellung eines Bebauungsplans im Jahr 2014 auch über § 35 BauGB genehmigungsfähig war.

Die Bezirksregierung Münster hat mit Schreiben vom 13. September 2013 der 69. Änderung des Flächennutzungsplanes zugestimmt und somit die Anpassung der Planung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung gemäß § 34 Landesplanungsgesetz für gegeben erklärt.

Die nun notwendige Änderung der Biogaslagermenge wird in der Begründung zur 80. Änderung des FNP dargelegt.

2.2 Darstellung der in Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten und für den Plan relevanten Ziele des Umweltschutzes

Innerhalb der Fachgesetze sind für die Schutzgüter Ziele und allgemeine Grundsätze formuliert, die im Rahmen der nachfolgenden Prüfung Berücksichtigung finden müssen. Im Rahmen der Bewertung sind vor allem solche Ausprägungen und Strukturen auf der einzelnen Schutzgutebene hervorzuheben, die im Sinne des jeweiligen Fachgesetzes eine besondere Rolle als Funktionsträger übernehmen (z. B. geschützte Biotop als Lebensstätte streng geschützter Arten). Deren Funktionsfähigkeit ist unter Berücksichtigung der gesetzlichen Zielaussagen zu schützen, zu erhalten und ggf. weiterzuentwickeln.

Folgende Zielaussagen der Fachgesetze sind im vorliegenden Planfall relevant:

Ziele des Umweltschutzes		
Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Mensch	Baugesetzbuch Bundesimmissions- schutzgesetz inklusiv Verordnungen TA Lärm DIN 18005 GIRL 2008	<p>Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne, insbesondere die Vermeidung von Emissionen. Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen).</p> <p>Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge. Als Voraussetzung für gesunde Lebensverhältnisse für die Bevölkerung ist ein ausreichender Schallschutz notwendig, dessen Verringerung insbesondere am Entstehungsort, aber auch durch städtebauliche Maßnahmen in Form von Lärmvorsorge und Lärminderung bewirkt werden soll.</p>
Tiere und Pflanzen	Bundesnatur- schutzgesetz / Landschaftsgesetz NW	<ul style="list-style-type: none"> ➤ die Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensstätten und Lebensräume sowie ➤ die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind. <p>Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt sowie ➤ die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes in seinen in § 1 Abs. 7 Nr. 7 Buchstabe a bezeichneten Bestandteilen (Eingriffsregelung nach Bundesnaturschutzgesetz) zu berücksichtigen.

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Boden	BBodSchG	<p>Ziele des BBodSchG sind</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ der langfristige Schutz des Bodens hinsichtlich seiner Funktionen im Naturhaushalt, insbesondere als ➤ Lebensgrundlage und –raum für Menschen, Tiere, Pflanzen ➤ Bestandteil des Naturhaushaltes mit seinen Wasser – und Nährstoffkreisläufen, ➤ Ausgleichsmedium für stoffliche Einwirkungen (Grundwasserschutz) ➤ Archiv für Natur – und Kulturgeschichte ➤ Standorte für Rohstofflagerstätten, für land – und forstwirtschaftliche sowie siedlungsbezogene und öffentliche Nutzungen. ➤ Der Schutz des Bodens vor schädlichen Bodenveränderungen ➤ Vorsorgeregelungen gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen ➤ Die Förderung der Sanierung schädlicher Bodenveränderungen und Altlasten. <p>Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden.</p>
Wasser	Wasserhaushaltsgesetz Landeswassergesetz	<p>Sicherung der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und deren Bewirtschaftung zum Wohl der Allgemeinheit und zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktionen.</p> <p>Ziel der Wasserwirtschaft ist der Schutz der Gewässer vor vermeidbaren Beeinträchtigungen und die sparsame Verwendung des Wassers sowie die Bewirtschaftung von Gewässern zum Wohl der Allgemeinheit.</p>
Klima	Landschaftsgesetz NW	<p>Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes (und damit auch der klimatischen Verhältnisse) als Lebensgrundlage des Menschen und Grundlage für seine Erholung.</p>
Landschaft	Bundesnaturschutzgesetz / Landschaftsgesetz NW	<p>Schutz, Pflege, Entwicklung und ggf. Wiederherstellung der Landschaft auf Grund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft.</p>

Direkte, für das eigentliche Plangebiet relevante, Ziele sind die Vorgaben des Regionalplanes.

Aus der nachfolgenden Analyse der Umwelteinwirkungen ergibt sich die Art und Weise, wie diese hier dargelegten Ziele berücksichtigt werden.

Dabei ist festzuhalten, dass die Ziele der Fachgesetze einen bewertungsrelevanten Rahmen rein inhaltlicher Art darstellen, während die Zielvorgaben der Fachpläne über diesen inhaltlichen Aspekt hinaus auch konkrete räumlich zu berücksichtigende Festsetzungen vorgeben. Je höher die Intensität einer Beeinträchtigung des Vorhabens auf ein Schutzgut ist, umso geringer ist die Chance, die jeweiligen gesetzlichen Ziele zu erreichen.

2.3 Anthropogene Nutzungen und Einflüsse

Der Änderungsbereich wird bereits durch die in Betrieb befindliche Biogasanlage genutzt und ist entsprechend mit einer wassergebundenen Decke versiegelt. Es sind bereits alle notwendigen technischen Einrichtungen wie Fermenter, Gasspeicher, Flüssigdüngerlager, Güllevorlage, Regenrückhaltebecken, Silos, eine Betriebshalle und weitere Einrichtungen vorhanden. Zudem sind die notwendigen Verkehrsflächen (mit Pflaster) angelegt. Das Betriebsgelände ist dreiseitig eingegrünt.

Im gesamten Umfeld des Änderungsbereiches sind landwirtschaftlich genutzte Flächen sowie zugehörige Hofstellen vorzufinden.

Entlang der östlichen Plangebietsgrenze verläuft die Kreisstraße 82.

2.4 Naturräumliche Gliederung

Gemäß der naturräumlichen Gliederung liegt der Planungsbereich im Naturraum 541, der naturräumlichen Haupteinheit „Kernmünsterland“ der Westfälischen Tieflandsbucht, sowie der Untereinheit 541,0 "Burgsteinfurter Land“ im Bereich des Altenberger Rückens.

2.5 Geologie und Boden

Das Geländeerelief im umgebenden Landschaftsbereich ist als schwachwellig bis eben zu bezeichnen.

Der Boden besteht aus humosem lehmigem Sand mit wasserstauenden Schichten (u.a. Geschiebelehm). In der Karte der schutzwürdigen Böden für den Kreis Steinfurt des Geologischen Dienstes NRW ist für den Änderungsbereich kein schützenswerter Boden dargestellt. Der Boden im Planbereich unterliegt zudem bereits relativ großen anthropogenen Einflüssen (vgl. auch Abschnitt 2.3).

2.6 Wasser und Fließgewässer

Hinsichtlich des Schutzgutes Wasser sind die Bereiche Grundwasser und Oberflächengewässer zu unterscheiden.

In der Hydrogeologischen Karte weist der umgebende Planungsraum nur lokale, wenig ergiebige Grundwasservorkommen auf. Wasserschutzgebiete sind im Planungsraum nicht ausgewiesen. Die Grundwasserneubildungsrate ist aufgrund der heutigen Flächenstruktur mit etwa 25 - 30 Prozent der Jahresniederschlagsmenge als relativ hoch anzusehen.

Ökologisch wertvolle Stillgewässer sind im umgebenden Planungsraum nicht vorhanden. Es befindet sich lediglich im nordöstlichen Bereich ein Regenrückhaltebecken mit einer Fläche von rd. 400 qm. Das anfallende Niederschlagswasser wird dort gesammelt und landwirtschaftlich verwertet. Da durch die Planung dieser Zustand nicht verändert wird, sind auch keine negativen Auswirkungen zu erwarten.

2.7 Luft

Der Planbereich liegt - wie zuvor schon beschrieben - inmitten von landwirtschaftlich genutzten Flächen und den zugehörigen Hofstellen. Es handelt sich somit um eine klassische Außenbereichslage, die auch für die Bewertung der Geruchsimmissionen heranzuziehen ist.

So ist nach heutigem Kenntnisstand davon auszugehen, dass es bisher zu keinen erheblichen Belastungen durch Geruchsemissionen oder -immissionen kommt. D.h., dass weder die landwirtschaftliche Nutzung des Umfelds die Nutzung der Biogasanlage beeinträchtigt, noch umgekehrt der Betrieb der Biogasanlage zu Beeinträchtigungen für die Nutzungen (u.a. Wohnen im Außenbereich auf den landwirtschaftlichen Hofstellen) führt.

Sonstige Belastungen sind aufgrund der Lage im Außenbereich nicht zu erwarten. Andere Emittenten sind nicht bekannt.

Das geplante Gärrestlager wird mit einem gasdichten Dach versehen, von einer Verschlechterung der Geruchsemissionen ist daher nicht auszugehen.

Durch die Umgestaltung der Siloflächen wird nur die durch das Gärrestlager wegfallende Fläche kompensiert. Es wird nicht mehr Silage gelagert werden können, so dass zukünftig nicht mehr Emissionen entstehen werden.

2.8 Lärm

Für den Änderungsbereich sind keine Lärmbelastungen bekannt. So ist lediglich auf die am östlichen Plangebietsrand verlaufende K 82 zu verweisen. Nach der Verkehrszählung aus 2010 verkehren auf dieser Straße täglich 1.702 Fahrzeuge. Eine negative Beeinträchtigung bedeutet dies für die bestehende und geplante Nutzung jedoch nicht. Auch der Publikums-/Lieferverkehr in Bezug auf die Biogasanlage ist als unkritisch für die Umgebung zu bezeichnen. Laut Aussage der Betreiber der Biogasanlage werden durchschnittlich 6 - 7 Transporte am Tag auf dem Gelände abgewickelt. Da die Menge der Einsatzstoffe unverändert bleibt, wird sich hieran mit Umsetzung der Planung grundsätzlich nichts ändern.

2.9 Klima

Das Steinfurter Stadtgebiet liegt im Klimabezirk Münsterland in der Westfälischen Bucht. Das Klima ist vom atlantischen Einfluss geprägt. Es zeichnet sich durch milde, schneearme Winter und mäßig warme, verhältnismäßig niederschlagsreiche Sommer aus. Kennzeichnend sind die ausgeglichenen Temperaturverhältnisse und langen Vegetationsperioden. Die Hauptwindrichtung ist Südwest. Die mittlere jährliche Niederschlagsmenge liegt bei etwa 730 mm. Die mittlere Lufttemperatur weist einen Jahresmittelwert von 9-10° C auf. Es ist somit von einem guten Luftaustausch und insgesamt günstigen Bioklima auszugehen.

3 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung („Nullvariante“)

Bei einem Verzicht auf die beabsichtigte Planung („Nullvariante“) würden sich kaum messbare Veränderungen ergeben. Ziel der Planung ist die Errichtung eines zusätzlichen Gärrestlagers sowie die Umgestaltung der vorhandenen Silofläche. Die Errichtung des Gärrestlagers ist dabei auch über § 16 BImSchG sowie über § 35 BauGB genehmigungspflichtig. Das Erfordernis der Schaffung von Planungsrecht ergibt sich somit nur aus der Erhöhung der Gärrestlagerkapazität und der damit verbundenen Erhöhung der Biogaslagerkapazität. Insofern

sind aus Umweltgesichtspunkten bei einem Verzicht auf die Planung keine wirklichen positiven Effekte zu erwarten. Ob auf dem Gelände 2 oder 3 Gärrestlager stehen, stellt für den Umweltzustand des Änderungsbereiches keinen wesentlichen Unterschied dar.

Das Gärrestlager muss aufgrund von Vorgaben der Düngeverordnung errichtet werden. Würde es nicht auf dem bereits versiegelten und genutzten Gelände der Biogasanlage errichtet werden, wäre ein anderer Standort im Außenbereich zu suchen. Dies würde voraussichtlich an anderer Stelle einen schlechteren Umweltzustand hervorrufen als es durch die Verdichtung der Bebauung am Standort der BGA geschieht.

4 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

4.1 Schutzgut Mensch

Unter dem Schutzgut Mensch sind die Bevölkerung im Allgemeinen und ihre Gesundheit bzw. ihr Wohlbefinden zu subsumieren. Zur Wahrung dieser Daseinsgrundfunktionen sind insbesondere als Schutzziele das Wohnen, die Erholungsfunktion und das Sich-Versorgen zu nennen.

Der Änderungsbereich wird derzeit aus planungsrechtlicher Sicht landwirtschaftlich/gewerblich genutzt und dient somit der Daseinsgrundfunktion des Arbeitens. Insgesamt wird sich an der grundsätzlichen Situation für den Planbereich nichts ändern.

Für das Schutzgut Mensch ergeben sich somit keine Veränderungen und damit auch keine negativen Auswirkungen.

4.2 Schutzgut Tiere und Pflanzen

Beim Schutzgut Tiere und Pflanzen steht der Schutz der Arten und ihrer Lebensgemeinschaften in ihrer natürlichen Artenvielfalt und der Schutz ihrer Lebensräume und -bedingungen im Vordergrund. Vor diesem Hintergrund sind insbesondere Lebensräume mit besonderen Funktionen für Tiere und Pflanzen und ihre Ausbreitungsmöglichkeiten zu sehen.

Die im Änderungsbereich vorzufindenden Pflanzengesellschaften besitzen keine besondere Bedeutung für die Flora. Es handelt sich vielmehr um bereits anthropogen genutzte Bereiche. Dies gilt auch für die dreiseitige Eingrünung des Geländes. Zusätzliche Beeinträchtigungen für besonders schützenswerte Pflanzenarten entstehen durch die Planung nicht.

Über die im Änderungsbereich vorhandenen Säugetiere, Reptilien und Amphibien, Insekten und wirbellosen Tierarten liegen keine dokumentierten Informationen vor. Faunistische Erhebungen wurden nicht als erforderlich erachtet, da große Flächen bereits versiegelt sind bzw. intensiv genutzt werden und somit aller Voraussicht nach keinen essentiellen Lebensraum für planungsrelevante Tierarten bieten. Auf die Ausführungen zum Artenschutz in Kapitel 9 der Begründung wird verwiesen. Auch mögliche Veränderungen im Plangebiet werden sich angesichts der Größe des Änderungsbereiches im kleinen Rahmen halten und können als nicht nennenswert eingestuft werden.

Negative Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere und Pflanzen sind somit nicht zu erwarten.

4.3 Schutzgut Boden

Das Schutzgut Boden besitzt unterschiedlichste Funktionen für den Naturhaushalt, insbesondere als Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen. Darüber hinaus sind seine Wasser- und Nährstoffkreisläufe, seine Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungseigenschaften und seine Grundwasserschutzfunktion zu schützen.

Beim zu beurteilten Bereich handelt es sich um eine größtenteils versiegelte Fläche. Die angedachten baulichen Maßnahmen haben eine Grundfläche von ca. 1.180 qm (durch Gärrestlager wegfallende Silofläche) und rd. 1.595 qm (Umgestaltung Silofläche). Bei einer Größe des gesamten Planbereiches von 24.865 qm wird damit die Versiegelung der Fläche um ca. 1,6 % zunehmen. Dies wird einen kaum messbaren Einfluss auf die Abflussregulation des Bodens, die Versickerung von Oberflächenwasser oder die Grundwasserneubildungsrate im Änderungsbereich und dem Umfeld haben.

Im Änderungsbereich sind keine Bodendenkmäler bekannt. Ein Altlastenverdacht besteht für den Änderungsbereich nicht.

Insgesamt sind durch die beabsichtigte Planung keine erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Boden zu erwarten.

4.4 Schutzgut Wasser

Auch das Schutzgut Wasser besitzt unterschiedliche Funktionen für den Naturhaushalt, die zunächst in die Teilbereiche Grundwasser und Oberflächengewässer zu unterscheiden sind. Als Schutzziele sind die Sicherung der Quantität und der Qualität von Grundwasservorkommen sowie die Erhaltung und Reinhaltung der Gewässer zu nennen. Da nur mit minimalen zusätzlichen Flächenversiegelungen zu rechnen ist, kommt es zu keinen relevanten Veränderungen des status-quo in Bezug auf das Niederschlagswasser. Es ist daher auch nicht mit negativen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Wasser zu rechnen.

4.5 Schutzgut Luft und Klima

Beim Schutzgut Luft und Klima sind die Schutzziele die Vermeidung von Luftverunreinigungen und die Erhaltung von Reinluftgebieten sowie die Erhaltung des Bestandsklimas und der lokalklimatischen Regenerations- und Austauschfunktionen.

Für den Änderungsplanbereich bestehen nach heutigem Kenntnisstand keine erheblichen Belastungen durch Schadstoffimmissionen (vgl. Abschnitt 2.7). Weitere auf den Planbereich einwirkende Schadstoffemittenten sind zukünftig nicht zu erwarten. Es ist ansonsten von den für diesen Bereich „üblichen“ Belastungen durch die angrenzende Landwirtschaft auszugehen. Es ist auch nicht davon auszugehen, dass im Planbereich ein Emittent entsteht, der sich negativ auf die Umgebung auswirkt. Dies ist durch die vorhandenen Nutzungen im Umfeld gewährleistet (vgl. Abschnitt 2.7). Erhebliche Auswirkungen auf das lokale Klima und die Luft sind aufgrund der Planung nicht zu erwarten.

4.6 Schutzgut Landschaft

Schutzziele des Schutzgutes Landschaft sind zum einen das Landschaftsbild, das es in seiner Eigenart, Vielfalt und Schönheit zu erhalten gilt, und zum anderen die Erhaltung ausreichend großer, unzerschnittener Landschaftsräume.

Vor diesem Hintergrund sind insbesondere Landschaftsteile mit besonderen Ausprägungen hinsichtlich ihrer Struktur und Größe zu betrachten. Beim Änderungsbereich handelt es sich

um eine landwirtschaftlich (planungsrechtlich eher gewerblich) genutzte Fläche. Diese Struktur ist zwar in gewisser Weise prägend für das nähere Umfeld, aber nicht als erhaltenswert einzustufen. Auch im Umfeld sind keine erhaltenswerten Strukturen (z.B. Baumreihen u.ä.) vorhanden.

Eine Beeinträchtigung des Schutzgutes Landschaft tritt durch die Planung nicht ein.

Die Errichtung eines zusätzlichen Gärrestlagers auf dem Gelände der Biogasanlage ist eher positiv hinsichtlich des Schutzgutes Landschaft zu sehen. Das Gärrestlager muss aufgrund rechtlicher Vorgaben erbaut werden. An einem anderen Standort im Außenbereich wäre ein negativer Einfluss auf das Schutzgut Landschaft ungleich höher.

4.7 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Das Schutzziel für das Schutzgut Kultur- und Sachgüter besteht in der Erhaltung historischer Kulturlandschaften und Kulturlandschaftsbestandteile von besonders charakteristischer Eigenart, von Stadt-/ Ortsbildern, Ensembles sowie geschützten und schützenswerten Bau- und Bodendenkmälern einschließlich deren Umgebung, sofern es für den Erhalt der Eigenart und Schönheit des Denkmals erforderlich ist. Die zuvor benannten Elemente sind im Plangebiet nicht vorhanden, eine Beeinträchtigung von daher auszuschließen.

Im Plangebiet und der Umgebung sind auch keine Bau- oder Bodendenkmäler vorhanden. Belange des Denkmalschutzes werden durch die Planungen nicht berührt. Beeinträchtigungen sind für das Schutzgut Kultur- und Sachgüter nicht zu erwarten.

4.8 Wechselwirkungen

Durch die beabsichtigte 80. Änderung des Flächennutzungsplanes kommt es zu keinen darstellbaren Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Schutzgütern. Dies ist auch damit zu erklären, dass es kaum zu Veränderungen bei den verschiedenen Schutzgütern selbst kommt. Der Planbereich bleibt im Wesentlichen unverändert und wird nur in ganz kleinen Teilen (ca. 1,6%) eine zusätzliche Bebauung erfahren.

5 FFH-Verträglichkeit

Das Land NRW hat den Bereich „Bagno mit Steinfurter Aa“ (DE-3810-302) als Schutzgebiet nach EU-Vogelschutz und FFH-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992) gemeldet. Dieser Bereich umfasst große Teile der Waldbereiche des Bagnos, Vorsundern, Westerbrook und des Buchenberges sowie Teile der Steinfurter Aa und den Bagno See. Zudem wurde das FFH-Gebiet „Steinfurter Aa“ (DE-3910-301) nachgemeldet (31 ha). Weitere Bereiche auf Steinfurter Stadtgebiet wurden nicht als FFH- oder Vogelschutzgebiet ausgewiesen.

Der Abstand zwischen dem Geltungsbereich der 80. Änderung des Flächennutzungsplanes und dem näher gelegenen FFH-Gebiet „Bagno mit Steinfurter Aa“ beträgt ca. 1.600 m. Angesichts dieses Abstandes, der Planungen und der Schutzziele und Schutzzwecke des FFH-Gebietes wird nicht von einer Beeinträchtigung des Schutzgebietes durch die Änderung des Flächennutzungsplanes ausgegangen.

6 Beschreibung der umweltrelevanten Maßnahmen

Die Durchführung der Planung (Änderung des Flächennutzungsplanes) macht weder Vermeidungsmaßnahmen noch Verminderungs- und Schutzmaßnahmen erforderlich. Ein ökologischer Ausgleich ist ebenfalls nicht notwendig.

Im Rahmen des geplanten Zubaus des Behälters sowie der Umgestaltung der Siloplatte soll auch ein Konzept erarbeitet werden für die rechtlich notwendige Umwallung der Anlage (notwendig nach AwSV). Zusammen mit dem Umwallungskonzept soll dann ein Konzept für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen an der Biogasanlage erarbeitet werden. Dieses Konzept wird Bestandteil der Unterlagen zur Änderung des Bebauungsplans sein, berührt die Vorgaben aus dem FNP und dessen hier vorgestellter Änderung jedoch nicht.

7 Darstellung der wichtigsten anderweitigen Lösungsvorschläge

Zur vorgesehenen Planung bestehen keine (Standort-)Alternativen, da es hier um die Erweiterung einer bestehenden Anlage geht. Jede andere Planungsalternative ginge mit wesentlich größeren Einflüssen auf die Umwelt einher.

8 Zusätzliche Angaben

8.1 Darstellung der Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben

Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben liegen insofern vor, dass den ausgeführten Beschreibungen keine detaillierten Einzeluntersuchungen vorliegen. Die Angaben beruhen daher weitgehend auf bestehende Ortskenntnisse und Besichtigungen.

Auf genauere vegetationskundliche und aktuelle faunistische Untersuchungen wurde verzichtet, da durch die Planung keine wirklichen neuen Baurechte entstehen.

Auch zur Klimasituation und zur Belastung mit Luftschadstoffen sind aus o.g. Grund nähere Untersuchungen nicht erforderlich.

8.2 Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der planbedingten erheblichen Umweltauswirkungen

Da durch die Planänderung keine Umweltauswirkungen entstehen, ist eine diesbezügliche Überwachung („Monitoring“) nicht erforderlich.

8.3 Zusammenfassende Darstellung des Umweltberichts

Mit der 80. Flächennutzungsplanänderung sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung der bestehenden Biogasanlage in Hollich geschaffen werden. Dazu soll die textliche Darstellung einen neuen Grenzwert für die maximale Menge an gelagertem Biogas erhalten. Die maximale Erzeugung von 14 Millionen Normkubikmetern Gas pro Jahr bleibt als Grenzwert bestehen, die maximale Lagermenge von Gas am Betriebsstandort soll von 9.950 kg auf 40.000 kg angehoben werden.

Die Planung hat keine erheblichen Auswirkungen auf die verschiedenen Schutzgüter. Messbare Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern entstehen nicht. Ausgleichsmaßnah-

men sind nicht erforderlich bzw. werden im Rahmen der Änderung des B-Plans bearbeitet und berühren die Änderungen des FNP nicht.

Steinfurt, den 26. November 2019

Stadt Steinfurt
Der Bürgermeister
In Vertretung

(Schröder)
Techn. Beigeordneter